

ehrten Redner zu erwidern. Zunächst habe ich aus den Entgegnungen des Herrn Abg. Haberkorn Das herauszuheben, was er in Bezug auf das Verhältniß zwischen Stadtgendarmen und Landgendarmen äußerte, eine Aeußerung, welche auch von dem geehrten Abg. Echarti wiederholt wurde. Da muß ich freilich bekennen, daß diese Bezugnahme etwas Entmuthigendes hat, wobei es mir freilich vorkommt, als wenn man im Kreise gehe, wenn man die Landgendarmen auf das geringste Maß reducirt, was jedenfalls im Vergleich zum Auslande der Fall ist und alsdann um deswillen die Aufbesserung der Stadtgendarmen für unmöglich erklärt. Ich habe erst neulich Gelegenheit gehabt zu bemerken, daß die in der neuesten Zeit eingetretenen guten Jahre das Bedürfniß nach einer Vermehrung der Landgendarmerie vermindert haben und daß es deshalb die Regierung sehr gern unterlassen hat, mit desfalligen Postulaten an die Kammer zu treten; daraus aber, daß dieser Etat der Landgendarmen so niedrig gestellt ist, zu folgern, daß die Stadtgendarmen im Verhältniß noch niedriger gestellt werden müßten, das, glaube ich, kann man nicht zugeben. Es ist von dem großen Zuschnitte der Polizeidirection gesprochen worden, allein ich muß dieser Aeußerung entschieden entgegentreten, insofern ihr die Bedeutung eines Luxus auf Seiten der Staatsregierung irgendwie untergelegt werden sollte. Der Zuschnitt ist nach dem Bedürfnisse gemacht und das Bedürfniß in Dresden stellt sich heraus nach dem Verhältnisse der wachsenden Bevölkerung, nach dem Verhältnisse des Umfanges der Stadt und ganz besonders auch nach der Zunahme und dem öftern Wechsel des Fremdenverkehrs. Dieser bedingt eine erhöhte und verbesserte Polizeiaufsicht und die Nichtbefriedigung dieses Bedürfnisses rächt sich hier oft noch vielmehr, als dies umgekehrt vielleicht bei der Landgendarmerie der Fall ist. Diesen letztern Gesichtspunkt hebe ich ganz besonders hervor in Bezug auf die Ansichten des geehrten Abg. Falcke, welche bereits der Herr Bürgermeister Hertel zu widerlegen bemüht war. Durch diesen Fremdenverkehr wird eine erhöhte Polizeiaufsicht bedingt, denn man hat es mit sehr verschiedenen Kategorien von Fremden zu thun. Es erwächst aber auch wieder aus dem Fremdenverkehr ein großer Vortheil für das ganze Land, ganz besonders für die Klasse der Bevölkerung, welche der Abg. Falcke vorzugsweise hier zu vertreten berufen ist, es erwächst hieraus ein großer Consum, wie namentlich an Modeartikeln und Meublesstoffen, da gerade hier auch infolge der Erweiterung der Stadt, welche größtentheils mit dem Fremdenverkehre zusammenhängt, die Einrichtungen luxuriöser werden. Noch eine Aeußerung des Abg. Haberkorn muß ich herausheben, weil es mir wichtig scheint, daß hierüber kein Mißverständnis vorwaltet. Der Abgeordnete scheint meine Aeußerung, welche sich auf eine Seiten des Kriegsministeriums abgegebene Erklärung bezog, nicht ganz richtig, sondern vielmehr so ver-

standen zu haben, daß ich gesagt habe, die Besatzungsverhältnisse von Dresden können nichts helfen, da ja in Kriegzeiten das Contingent ausrücke. In dieser Weise habe ich mich nicht ausgesprochen, sondern ich habe hervorgehoben, daß die von Seiten des Kriegsministeriums abgegebene Erklärung vornehmlich den Sinn habe, haben müsse und gewiß habe, daß in den Fällen, wo im Dienste des Bundes das Contingent ausrückt, noch eine hinreichende Anzahl Truppen im Lande bleiben müsse zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht aber hat man dabei im Auge gehabt, daß man den Polizeidienst durch die Armee versehen lassen könne, wozu, wie bereits hervorgehoben wurde, der wohlberechnete sparsame Präsenzstand der Armee gar nicht die Mittel bieten würde.

Der Herr Abg. Kiedel hat sich dahin ausgesprochen, die Regierung sei nicht bestrebt gewesen, eine Verminderung, sondern eine Vermehrung herbeizuführen. Hiergegen sprechen die thatsächlichen Verhältnisse. Aus dem Deputationsberichte ist selbst zu entnehmen, daß die Regierung bemüht gewesen sei, einige Ersparnisse vorzunehmen, daß aber andererseits unabweislich eine Vermehrung nothwendig gewesen sei, daß aber dennoch kleine Ersparnisse herbeigeführt wurden und daß der gegenwärtige Mehrbedarf, den die Regierung in Antrag bringt, nichts Anderes ist, als die Anwendung eines allgemeinen Antrags und eines allgemeinen Kammerbeschlusses wegen Aufbesserung der niedern Gehalte. Daß man irgend die Tendenz habe, den Polizeiaufwand zu vermehren, ist also nicht nachgewiesen. Der Abg. Dehmichen nahm darauf Bezug, daß das Kriegsministerium darauf hingewiesen habe, wie die Unteroffiziere im Civildienste eine weit bessere Anstellung hoffen dürften, und deshalb für die Stellvertretung schwer zu erlangen seien. Ich wiederhole, was ich vorhin sagte und was in der Deputation schon von Seiten der königlichen Commissare bemerklich gemacht worden ist, daß diese Wahrnehmung des Kriegsministeriums zwar eine sehr begründete ist, daß sie sich aber nicht auf den Polizeidienst bezieht, sondern auf andere Branchen des Staats- und Privatdienstes, wo die Unteroffiziere eine viel glänzendere Aussicht haben. Was nun die Aeußerungen und den Antrag des Herrn Abg. Jungnickel betrifft, über die Ausstellung von Paßkarten, so muß ich zunächst den Ausdruck „anrücklich“ als einen solchen bezeichnen, in Bezug auf welchen die geehrten Herren Redner es unter sich selbst abzumachen haben, was dieser Ausdruck bedeutet und wie er hierher gehört. Dieser Ausdruck ist weder von Seiten des Ministeriums gebraucht worden, noch wird er von Seiten der Polizeibehörde gebraucht. Die Einrichtung der Paßkarten ist eine wirklich sehr erwünschte Erleichterung für das reisende Publicum. Diese Einrichtung ist aber nur möglich gewesen dadurch, daß unter den verschiedenen deutschen Staaten eine Vereinigung erzielt worden ist, dabei hat man sich aber auch gegenseitig die